

**Redemanuskript Christel Humme MdB für ein Statement der SPD-Bundestagsfraktion
zur Mitgliederversammlung des Bundesforums Familie
Abschlussveranstaltung „Familie und Gesundheit“ am 06. April 2011 in Berlin**

Sehr geehrte Mitglieder des Bundesforums Familie, sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich Ihnen herzlich für Ihre engagierte Arbeit danken und kurz Stellung nehmen zu einigen zentralen Aussagen Ihres Projektes.

1. Bewertung des Projekts „Zeit und Gesundheit als Faktoren gelingenden Familienlebens“

Die zentralen Aussagen des Bundesforums Familie stellen klare Anforderungen an die Politik wie Gesundheitsförderung zu gestalten ist.

Wir wissen, die Gesundheit unserer Kinder und ihrer Familien hängt von verschiedenen Faktoren ab.

Eine gute Arbeitsgrundlage für die richtigen politischen Schlussfolgerungen ist sicherlich der 13. Kinder- und Jugendbericht zum Thema Kindergesundheit . Dieser stellt die Gesundheitsförderung und Prävention in den Mittelpunkt und leistet dabei einen wertvollen Beitrag zur Analyse der drei Systeme Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Behindertenhilfe. Er sollte daher eine wichtige Grundlage für die weitere Entwicklung von Initiativen und Programmen zur Gesundheitsförderung und Prävention in Deutschland sein.

Die SPD hat dazu bereits den Antrag „Gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen fördern“ in den Bundestag eingebracht (Drucksache 17/3178).

Sie haben heute viele zentrale Aspekte genannt, denen wir im Wesentlichen zustimmen. Das können Sie auch unserem Antrag entnehmen.

Ich möchte mich daher auf zwei Punkte konzentrieren, da ich sie für einen Schlüssel für eine effektive Gesundheitsförderung vor Ort halte:

Erstens: Kooperation verschiedener Systeme zur Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Ihrem Anliegen „öffentliche Verantwortung für Förderung verstetigen, verbindlicher machen und vernetzter wahrnehmen“ und den von Ihnen erhobenen Forderungen stimme ich weitgehend zu. Die Eltern haben eine große erzieherische Verantwortung, daneben tritt die **öffentliche Verantwortung des Staates für das Aufwachsen von Kinder und Jugendlichen**. Das hat auch schon der 11. Kinder- und Jugendbericht zu Recht betont.

Gott sei Dank ist dies inzwischen Allgemeingut und die zynischen Bemerkungen, der 11. Kinder- und Jugendbericht fordere die Verstaatlichung der Kindererziehung, ist in Vergessenheit geraten

Wir stellen das Wohl des Kindes in den Vordergrund. Wenn man das tut, dann muss es eine

„**Verantwortungsgemeinschaft**“ **verschiedener Akteure geben**, die in diesem Interesse **tragfähige Kooperationen und Vernetzungen der verschiedene Hilfesysteme organisiert**. Die Akteure sind insbesondere das Gesundheitswesen, die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Behindertenhilfe.

Wir brauchen Kooperationen und Vernetzungen, die vor Ort in den Kommunen und Kreisen zu organisieren sind.

Hier müssen Widerstände überwunden werden, die es immer noch gibt:

In der Praxis gibt es oftmals Reibungsverluste an den Schnittstellen. Beispielsweise wissen Kinderkliniken oder Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte häufig nur wenig über die Jugendhilfestrukturen und umgekehrt. Die Fachsprachen unterscheiden sich oder verschiedene Berufsgruppen arbeiten häufig nicht so eng zusammen, wie es wünschenswert und erforderlich wäre.

Deshalb fordern wir eine **Überprüfung und Weiterentwicklung bestehender Gesetze**. § 81 SGB VIII regelt bereits heute die **Kooperationspflichten** der Träger

der öffentlichen Jugendhilfe, aber entsprechende Regelungen in anderen Gesetzen fehlen oftmals.

Wir fordern außerdem ein **Nachjustieren der Aus- und Fortbildung von Fachkräften, die im Bereich der gesundheitsbezogenen Förderung von Kindern und Jugendlichen tätig sind**. Meinen wir es mit der „Verantwortungsgemeinschaft“ Ernst, werden Kenntnisse über Kooperationsstrukturen, an denen verschiedene Berufsgruppen beteiligt sind, immer wichtiger.

Der zweite Punkt ist

Gesundheit fördern und Prävention stärken

Sie fordern „**eine breitenwirksame, systematische Gesundheitsförderung**“, die sich am Lebenslauf der Menschen orientiert und bei ihren Ressourcen – und nicht bei ihren Defiziten!- ansetzt.

Im Gesundheitssystem sind viel zu häufig die Krankheiten im Fokus, nicht aber die gesundheitlichen Ressourcen. Genau die gilt es zu stärken. Primärprävention ist im Gesundheitswesen unterentwickelt, Unterstützung und Hilfe setzt oft (zu) spät bei den Betroffenen an.

Prävention und Gesundheitsförderung müssen **Hand in Hand** arbeiten mit **ganzheitlichen Konzepten zur sozialen Inklusion von Kindern:**

Denn Kinder und Jugendliche, die in belastenden Lebenslagen aufwachsen, sind einem höheren Risiko als andere Kinder ausgesetzt, gesundheitlich beeinträchtigt zu werden. Der 13. Kinder- und Jugendbericht bestätigt Erkenntnisse der KIGGS-Studie, wonach Gesundheitsrisiken in bestimmten Bevölkerungsgruppen besonders häufig zu finden sind.

Zahlreiche Initiativen und Modellprojekte im Bereich der **Prävention und Gesundheitsförderung**, die **im direkten Lern- und Lebensumfeld von Kindern** (z.B. in Kitas und Schulen) ansetzen, berücksichtigen bereits diese Erkenntnisse. Hier nenne ich nur die Beispiele „gesunde Kitas - starke Kinder“ der Plattform

Ernährung und Bewegung e.V., das Netzwerk „Gesunde Kita“ in Brandenburg oder jetzt neu in Deutschland das finnische Programm „Muuvit“ zur Förderung von Gesundheit und Lernfreude im Unterricht.

Solche Initiativen müssen besser in ein System von Prävention und Gesundheitsförderung eingebettet werden. Deshalb fordern wir seit Langem ein **bundeseinheitliches Präventionsgesetz**. In den vergangenen Legislaturperioden ist ein solches Gesetz leider am Widerstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gescheitert.

Vor allem bleibt **der Ausbau flächendeckender Kindertagesbetreuung und Eltern-Kind-Zentren sowie von Ganztagschulen weiterhin ein wichtiges Ziel**, weil gerade hier eine gezielte Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und eine Vernetzung mit Kooperationspartnern wie der Jugendhilfe besonders gut möglich ist. Wir fordern einen **nationalen Bildungspakt**, um diese Schritte weiter umzusetzen. In diesem Pakt sollen Bund und Länder gemeinsam qualitative und quantitative Standards sowie Finanzierungsregelungen vereinbaren.

2. Ziele zum Greifen nah oder in weiter Ferne? (Schlussbemerkung)

Nur frage ich mich, wie soll das alles gelingen, wenn **seit dem Bundeshaushalt für das Jahr 2011** von der Bundesregierung **drastische Einsparungen für zahlreiche Familien, Kinder, Jugendliche und ältere Menschen** beschlossen wurden. Die Liste der unsozialen Einschnitte, von denen viele Menschen betroffen sind, ist lang und betrifft die Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Im sozialen Bereich sollen 2011 bis 2014 insgesamt 37 Prozent eingespart werden. Damit macht der Posten Soziales den größten Anteil innerhalb des sogenannten Sparpakets der schwarz-gelben Bundesregierung aus. Das wird zahlreiche Familien hart treffen, die ohnehin ein geringes Haushaltseinkommen haben.

Bei den familien-, gleichstellungs- und seniorenpolitischen Maßnahmen wird 2011 zusätzlich um fast 1,7 Millionen Euro gekürzt. Bei den Modellvorhaben zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements sind es 2,5 Millionen Euro. Bei modellhaften

Bauprojekten für Senioren und Menschen mit Behinderungen ist eine weitere Kürzung vorgesehen.

Gleichzeitig hat sich durch die Steuersenkungspolitik der Bundesregierung auch die Einnahmeseite der Länder und Kommunen verschlechtert. Städte und Gemeinden sowie Länder brauchen aber ausreichend finanzielle Mittel, um:

- **die Bildungsinfrastruktur** mit Kindertagesstätten, Familienbildungsstätten und Ganztagschulen (einschließlich des Ausbaus von Schulkantinen) **zu verbessern;**
- dafür **ausreichend qualifiziertes Personal vorzuhalten.** Dazu gehören insbesondere Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter an Kindertagesstätten und Schulen, die besondere Integrationsleistungen erbringen **müssen;**
- **die** Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten ebenso zu erreichen wie die **Lehr- und Lernmittelfreiheit.**

Die Bundesregierung müsste nur die Steuerausfälle durch das „Hoteliersgesetz“ (2,8 Milliarden € jährlich) rückgängig machen und auf die Finanzierung des unsinnigen Betreuungsgeldes verzichten - dann wären viele der zuvor genannten Ziele auch umsetzbar. Allein durch den Verzicht auf die „Fernhalteprämie“ Betreuungsgeld, mit der Eltern belohnt werden, wenn sie ihre unter dreijährigen Kinder nicht in eine Kita schicken, stünden rund 2 Milliarden € jährlich mehr zur Verfügung- so schätzt ein vom Bundesfinanzministerium in Auftrag gegebenes Gutachten.